

Aus der ARGE Gebührenrecht des Bonner AnwaltVereins (aus Mitteilungsblatt 04/2011)

Die Arbeitsgemeinschaft Gebührenrecht informiert ferner über nachfolgende aktuelle Entscheidungen:

➤ **Einigungsgebühr auch bei Beratung möglich**

Führt die Beratung des Anwalts zum Abschluss einer Einigung, erhält er neben der Beratungsgebühr nach § 34 RVG auch eine Einigungsgebühr nach Nr. 1000 VV. (AG Neumünster, Urt. V. 28.4.2011 – 32 C 1273/10)

Der Anwalt hatte seinen rechtschutzversicherten Mandanten lediglich beraten. Aufgrund dieser Beratung hat der Mandant dann selbst eine Einigung abgeschlossen. Die vom Anwalt daraufhin auch abgerechnete Einigungsgebühr wollte der Rechtschutzversicherer zunächst nicht zahlen. Das AG hat ihn antragsgemäß verurteilt.

Das AG weist zu Recht daraufhin, dass eine Einigung auch durch eine Beratungstätigkeit ausgelöst werden kann. Mit der Beratung und der Empfehlung, eine bestimmte Einigung abzuschließen, wirkt der Anwalt an der Einigung mit, zumal er damit die Haftung übernimmt. Neben einer Beratungsgebühr nach § 34 RVG, kann auch eine Einigungsgebühr nach Nr. 1000 VV RVG anfallen. Es handelt sich um eine allgemeine Gebühr, die in allen Angelegenheiten entstehen kann, auch bei Beratungsmandaten. Nur die frühere Beratungsgebühr selbst ist aufgehoben worden; im Übrigen gelten die gesetzlichen Gebühren und Auslagen weiterhin. Der Versicherungsschutz war auch nicht ausgeschlossen. Bei einer Einigung handelt es sich lediglich um den Erfolg der anwaltlichen Tätigkeit, nicht aber um eine weitergehende, über die Beratung hinausgehende Tätigkeit, die zum Ausschluss des Versicherungsschutzes führen würde.

Besondere Bedeutung hat die Entscheidung in Familien- und Erbsachen, bei denen im Rahmen einer Rechtsschutzversicherung ausschließlich Beratungsschutz besteht und mit weiterer Tätigkeit, insbesondere außergerichtlicher Vertretung, der Deckungsschutz nachträglich entfällt.

➤ **Terminsgebühr für Teilnahme an Anhörungstermin**

Auch für die Teilnahme an einem Anhörungstermin entsteht eine Terminsgebühr nach Vorbem. 3 Abs. 3 VV RVG. Anhörungstermine in Familiensachen sind Erörterungsterminen i.S.d. Vorbem. 3 Abs. 3 VV gleichzustellen. (AG Vechta, Beschl. v. 15. 3. 2011 - 12 F 534/09 SO)

Seit Inkrafttreten des FGG-ReformG wird wieder heftig und kontrovers diskutiert, ob die Teilnahme an einem Anhörungsterminen eine Terminsgebühr auslöst. Das OLG Koblenz hatte dies zuletzt verneint (Beschl. v. 13. 12. 2010 – 11 WF 1080/10 - Anhörung der Eheleute im Scheidungsverfahren). Das OLG Schleswig (AGS 2007, 502 = RVGreport 2007, 388) hatte dagegen bei der Anhörung in einem Sorgerechtsverfahren die Terminsgebühr zugebilligt. Das AG Vechta hat sich dieser Auffassung mit ausführlichen und überzeugenden Gründen angeschlossen. Danach müssen Erörterungs- und Anhörungstermin i.S.d. Vorbem. 3 Abs. 3 VV RVG gleichgestellt werden.

Ein weiteres Problem ergibt sich bei der Frage, ob bei einer Entscheidung ohne mündliche Verhandlung im Einverständnis der Beteiligten in Sorgerechtsverfahren eine Terminsgebühr nach Anm. Abs. 1 Nr. 1 zu Nr. 3104 VV RVG anfallen kann. Die überwiegende Rechtsprechung lehnt dies ab. Das OLG Stuttgart (NJW 2011, 3524 = FamRZ 2011, 591) gewährt dagegen die Terminsgebühr in einem Sorgerechtsverfahren auch bei einer Entscheidung im schriftlichen Verfahren.